

**Busek, Erhard: Zu wenig, zu spät: Europa braucht ein besseres Krisenmanagement, hrsg. von Roger de Weck, Hamburg (Edition Körber-Stiftung) 2007**

Erhard Busek, seit 2002 der Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, vertritt den Standpunkt, dass Europa ein besseres Krisenmanagement und eine gemeinsame Außenpolitik braucht. Seine Meinung gründet auf der jüngeren Geschichte Europas und seinen persönlichen Erfahrungen. Der ausgebildete Jurist war von 1991 bis 1995 der Vizekanzler Österreichs und von 2000 bis 2002 Sonderbeauftragter der österreichischen Bundesregierung für EU-Erweiterung. Derzeit ist Busek, neben seiner Tätigkeit als Sonderkoordinator des Stabilitätspakts, der Präsident des Alpbach Forums und Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa.

Busek entwickelt zehn „Lehren“, die begründen sollen, warum die EU ein besseres Krisenmanagement braucht. In der Einführung gibt er kurz die Geschichte der EU wieder. Er stellt sowohl Erfolge als auch Misserfolge der Gründungsmitglieder dar. Laut Busek braucht es ein Bewusstsein dafür, dass Demokratisierung ein fortwährender Prozess ist, der nicht einfach befohlen werden kann.

Als erste Lehre ist Krisenmanagement eine Pflicht: Europa muss sich um Europa kümmern. Ansonsten kann Unentschlossenheit einzelner EU-Mitglieder zu Konflikten führen wie beim Zerfall Ex-Jugoslawiens, wo die USA eingreifen musste. Die EU hat daraus gelernt, dass ein Problem sprichwörtlich „an der Wurzel gepackt“ werden muss, bevor es eskaliert. Leider

scheut sich die EU davor, die Mittel für ein besseres Krisenmanagement bereitzustellen, weil sich die Mitglieder dafür auf eine gemeinsame Außenpolitik einigen müssten.

In der zweiten Lehre hält Busek fest, dass Krisenmanagement nicht *mehr Macht*, sondern *mehr Humanität* als Ziel hat. In der Vergangenheit haben Krisenmanager oft durch ihr Eingreifen in Krisenregionen mehr Macht und Einflusszonen für sich selbst beansprucht. Dies hat dazu geführt, dass die betroffenen Gebiete nach Belieben aufgeteilt wurden, ohne Rücksichtnahme auf die dort lebenden Menschen. Die Aufteilung Afrikas oder Europas nach dem ersten Weltkrieg sind Beispiele. Für eine Lösung sollten die Geschichte und die ökonomischen und sozialen Umstände analysiert werden, dazu werden auch Regionalexperten benötigt.

In seiner dritten Lehre geht Busek auf den Mangel an Regionalexperten in der EU ein und verlangt nach mehr Sorgfalt bei deren Auswahl. Oft werden die Stellen mit Persönlichkeiten besetzt, die nur ungenügende Kenntnisse über die Gegebenheiten in einer Region besitzen. Hinzu kommen zu hohe Gehälter und häufige Rotation. Dadurch wird es fast unmöglich, Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung zu erlangen, da sie sich immer wieder auf eine neue Führung einstellen müssen. Aus diesem Grund braucht die EU ein Programm, welches Personal für Krisenmanagement ausbildet oder zum Einsatz bereit hält.

Der Mangel an Experten führt zu den Problemen, die in der vierten Lehre beschrieben werden: Dadurch, dass regionales Fachwissen fehlt, wird die Geschichte einer Krisenregion oftmals vereinfacht betrachtet, z.B. der wirtschaft-

liche Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens. Anstatt diesen Teil der Geschichte zu ignorieren, muss sie mit in Erklärungen und Lösungen mit einbezogen werden.

Die fünfte Lehre baut darauf, dass die Demokratisierung einen sog. *Marshall Plan* benötigt. Das heißt, der Wirtschaftsaufbau muss mit dem Aufbau der staatlichen Institutionen einhergehen. Dies ist auch die Richtung, die in der sechsten Lehre vorgegeben wird: Systematische Investitionen in die Infrastruktur sind notwendig. Beispiele in Lehre sieben verdeutlichen, dass Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft die beste Stabilitätsgarantie sind. Aus diesem Grund ist zum Krisenmanagement „ein integrierter Ansatz, der Wirtschaft, Infrastruktur, Sozialpartnerschaft, Ökologie und Kampf gegen Korruption und Kriminalität einbezieht,“ (S. 58) nötig.

In der achten Lehre empfiehlt Busek, sich die gesamte Region anzusehen und nicht nur die einzelnen Staaten. Im Sinne der EU ist die regionale Integration ein wichtiger Stabilitätsfaktor und sollte aus diesem Grund auch im Krisenmanagement genutzt werden. Busek ruft deswegen in seiner neunten Lehre dazu auf, die EU zu reformieren, um die Mindestvoraussetzungen zu erfüllen. Die EU braucht eine Strategie für den Umgang mit Krisen. Auch wenn jede Krise andere Anforderungen stellt, so sollten die Grundlagen feststehen: Was will die EU erreichen und welche Mittel hat sie zur Verfügung? Dazu ist die Entwicklung einer gemeinsamen EU-Außenpolitik Voraussetzung. Bis diese verwirklicht ist, führt die EU-Struktur selbst zu ihrer Immobilität und Handlungsunfähigkeit in Krisensituationen.

In seiner letzten, zehnten Lehre, fragt Busek nach dem Sinn des Krisenmanagements für die EU. Er schließt mit der Feststellung, dass sich das Konfliktmanagement „mit dem ‚Geist‘ von Europa auseinandersetzen und ihn den Konfliktpartnern vermitteln [muss], damit sie einen gemeinsamen Grund und Boden finden, miteinander zu leben und den Kontinent mitzugestalten.“ (S. 72)

Der von Erhard Busek vertretene Standpunkt weist auf wichtige Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen EU-Krisenmanagements hin und bietet in einfachen Worten Vorschläge zur Abhilfe. Es ist mit 73 Seiten ein kurzes, aber sehr aufschlussreiches Werk.

Edina Bilalovi

**Markus Kaim, Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Präferenzbildungs- und Austauschprozesse in der Europäischen Union (1990-2005), Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Bd 74, Baden-Baden, Nomos 2007.**

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hat sich in den vergangenen zehn Jahren stetig weiterentwickelt. Heute setzt die EU „battle groups“ ein und kann zumindest theoretisch auch Einsätze unabhängig von der NATO planen und durchführen. Zugleich ist das Verhältnis zwischen ESVP und dem nordatlantischen Bündnis unklarer geworden: Stehen beide in Abhängigkeit oder in Konkurrenz zueinander? Ergänzen oder ersetzen sie sich? Der Autor Markus Kaim geht in seinem Buch „Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Präferenzbildungs- und Austauschprozesse in der Euro-

*päischen Union (1990-2005)*<sup>4</sup>, das aus einer Habilitationsschrift hervorging, der grundsätzlichen Frage nach, warum die Mitgliedstaaten die ESVP entwickelt haben und was diese Entwicklung befördert hat. Der Autor fragt nach den Präferenzbildungs- und Aushandlungsprozessen in der EU am Beispiel der ESVP im Zeitraum von 1990 bis 2005. Dabei konzentriert er sich auf die ESVP-Positionen der drei größten EU-Mitgliedstaaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland.

Referenzpunkt seiner Untersuchung ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Zunächst entwickelt Kaim ein analytisches Vier-Ebenen-Modell, um den intergouvernementalen Teil der EU-Außenbeziehungen zu untersuchen, dann wendet er dieses Modell auf den Teilbereich der ESVP an und zieht schließlich verallgemeinerbare Schlussfolgerungen zu den Präferenzbildungs- und intergouvernementalen Aushandlungsprozessen in der GASP. Dabei verortet er die möglichen Determinanten auf folgenden vier Ebenen: a) auf der Ebene des internationalen Systems, b) in den Aushandlungsprozessen des europäischen Integrationsprozesses, c) in den gesellschaftlichen Präferenzbildungsprozessen der EU-Mitgliedstaaten und schließlich d) in den interinstitutionellen Beziehungen der NATO und der EU.

In der Einleitung stellt Kaim dar, warum die Politikwissenschaft bis zum Beginn der 1990er Jahre den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht als Teil der europäischen Integration ansah. So galt der Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik lange als Kernbereich staatlicher Souveränität, den die EU-Mitgliedstaaten gegen alle

Vergemeinschaftungsbestrebungen verteidigen würden. Andere lehnten eine sicherheitspolitische Kooperation innerhalb der EU mit Verweis auf die wirksame Arbeitsteilung zwischen NATO und der EU ab. Außerdem hatte sich keiner der integrationstheoretischen Ansätze mit einer Kooperation oder Vergemeinschaftung der Sicherheits- und Verteidigungspolitiken der EU-Mitgliedstaaten ernsthaft beschäftigt. Schließlich galt die EU für viele zunächst als Zivilmacht im internationalen System, die ausschließlich mit diplomatischen und ökonomischen Mitteln ihre politischen Ziele durchzusetzen versucht, nie aber militärisch.

Allen Auffassungen zum Trotz haben die EU-Mitgliedstaaten mit der verstärkten Kooperation im Bereich der ESVP die europäische Integration vertieft. Die ESVP ist Teil der GASP und gehört mithin zur intergouvernemental ausgerichteten zweiten Säule der EU. Auch der Reformvertrag von Lissabon wird daran nichts ändern. Zwar sieht der Vertrag die Sonderbestimmungen für die GASP/ESVP bleiben aber bestehen. Der Vertrag von Lissabon ging leider nicht mehr in die Arbeit ein, weshalb auch die geplanten Änderungen (Umbenennung in GSVP, institutionelle Änderungen mit dem neuen Hohen Vertreter, der als EU-Außenminister fungieren soll, ohne diesen Titel tragen zu dürfen, und neue Konzepte wie die „*Ständige Strukturierte Zusammenarbeit*“, Beistands- und Solidaritätsklausel) außen vor bleiben.

Kaim beginnt seine Untersuchung im Hauptteil mit der Frage, ob und in welchem Maße der Strukturwandel des internationalen Systems nach

1989/90 dazu geführt hat, dass Großbritannien, Frankreich und Deutschland für eine vertiefte sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation im Rahmen der EU eingetreten sind (5. Kapitel). Dabei kommt Kaim zu dem Ergebnis, dass die Regierung Blair im Wahlkampf 1997 zunächst nicht mit dem Projekt der ESVP in die Debatte gezogen ist, sondern vielmehr die atlantische Dimension der britischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik betont hatte. Dennoch liest der Autor aus den skizzierten Ausführungen damals eine „*vorsichtige Präferenzverschiebung zugunsten Europas*“ ab. Kaim zufolge wechselte die Regierung Blair von Ende März 1998 bis Ende Oktober 1998 schließlich ihre Position hin zur Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wie für Großbritannien bedeutete auch für Frankreich das Ende des Ost-West-Konflikts eine fundamentale Veränderung der Rahmenbedingungen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auch Frankreich wechselte seine Position – wobei das zweite der beiden loi-programme militaire (LPM 2003-2008) den Boden der ESVP bereitete. Es nahm endgültig von einer nationalen Handlungsautonomie Frankreichs in verteidigungspolitischen Fragen Abschied; als wahrscheinlichster multilateraler Rahmen galt die EU.

In noch stärkerem Umfang als die anderen Mitgliedstaaten der EU vollzog die Bundesrepublik den Prozess der Adaption an die sich nach 1989/90 verändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen. Kaim zufolge waren die Umwälzungen für Deutschland militärisch und juristisch noch gravierender, da sie die

Akteurqualität der Bundesrepublik einerseits und die Bonner Handlungsspielräume andererseits unmittelbar veränderten.

Im Anschluss prüft Kaim die Rolle gesellschaftlicher Präferenzbildungsprozesse (6. Kapitel). Er fragt, ob nicht nur der Strukturwandel des internationalen Systems, sondern auch die Gesellschaft Auswirkungen auf die Entwicklung der ESVP hatte. In Anlehnung an den liberalen Intergouvernementalismus geht der Autor davon aus, dass die erkennbaren und von Regierungen nach außen vertretenen Positionen nicht nur von der Struktur des internationalen Systems beeinflusst werden, sondern, dass sich im Rahmen des Strukturwandels auch die Präferenzen einer Gesellschaft eines Staates ändern können. Der Autor untersucht dabei die Rolle der Parteien, die öffentliche Meinung und schließlich die Rolle von außenpolitischen Forschungseinrichtungen und der Rüstungsindustrie.

In Großbritannien geht Kaim insbesondere auf die Labour Party, die konservative Partei und die Liberal Democrats ein. In Frankreich auf die französischen Rechte, die sozialistische Partei und die „Protestparteien“ PCF, Les Verts und Front National. In Deutschland werden die Positionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP sowie der Linkspartei-PDS thematisiert.

Im 7. Kapitel untersucht der Autor die intergouvernementalen Verhandlungsprozesse am Beispiel der Positionen Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands. Im 8. Kapitel geht Kaim schließlich auf den Einfluss der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen ein und fragt nach

dem Verhältnis der USA zur ESVP.

In seinem Fazit stellt Kaim unter anderem fest, dass die ESVP-Politiken Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in der Sache zwar konvergieren, in ihren Motiven und Vorstellungen aber sehr unterschiedlich sind.

Kaims Fachbuch zeichnet sich insbesondere durch seine präzise Struktur aus. Es ist sehr übersichtlich und erleichtert somit das schnelle Lesen und Auffinden relevanter Informationen. Auch inhaltlich kann Kaim überzeugen. Leider konnte der Autor nicht mehr auf die neuesten geplanten Entwicklungen mit dem Reformvertrag von Lissabon eingehen und geht noch von 25 statt inzwischen 27 Mitgliedstaaten aus, weshalb die Arbeit an diesem Punkt an Aktualität einbüßt.

Andreas Kappler

**Maier, Helmut. Forschung als Waffe, Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900 – 1945/48, Göttingen (Wallstein Verlag) 2007**

Rüstung, genauso wie Rüstungsforschung, umgibt der Nimbus des Bösen. Dies war nicht immer so. Denn inmitten der Zeit der Industrialisierung und des Wettrüstens wurde 1911 die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet. Ihre Gründung markierte die Schaffung eines nationalen Innovationssystems und brachte noch während des Ersten Weltkriegs wissenschaftliche Spitzenleistungen hervor, die in der von Walther Rathenau mit Maestra organisierten Rohstoffbewirtschaftung zur Anwendung kamen.

Seit dem Zivilisationsbruch, der mit dem Zweiten Weltkrieg und seinen Menschheitsverbrechen im Namen Deutschlands verbunden ist, gilt Rüstungsforschung als politisch suspekt. Daher ist es besonders verdienstvoll, wenn die Wissenschaft sich selbst mit ihrer Rolle im Zweiten Weltkrieg als Bewegungskraft technologischer Forschung zwecks Erringung kriegstechnischer Überlegenheit und Abwehr der Rohstoffblockade befasst. Im Rahmen des DFG-Forschungsprojekts zur Erforschung der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus (herausgegeben von Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder) veröffentlicht Helmut Maier, seit April 2007 Professor für Technik und Umweltgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum, nunmehr ein zweites Opus (Habilitationsschrift) zu der sehr speziellen Thematik der Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung 1900 – 1945/48. Die beiden voluminösen Bände (insgesamt 1200 Seiten mit einem umfangreichen Schrifttumsverzeichnis) liefern in Hülle und Fülle Material zu einer Lieblingsfragestellung politischer Korrektheit der letzten 20 Jahre: Wie konnte es passieren, dass sich hochbegabte Wissenschaftler und Forscher so unbedingt dem politischen Herrschaftsanspruch des Nationalsozialismus nicht nur auslieferten, sondern bereit waren, an seiner Seite der Wehrmacht durch Forschung überlegene Waffen und der Kriegswirtschaft zur Blockadefestigkeit zu verhelfen? Die Problematik der moralischen Entgrenzung von Techno-Wissenschaft bzw. der Kollaboration wissenschaftlicher Eliten mit einem totalitären Regime ist für sich genommen

nicht neu. Sie ist auch nicht spezifisch für die Natur- und Ingenieurwissenschaften.

Die große Materialsammlung von Maier eignet sich zur Erörterung der Frage, wie sich die großen Erfolge der Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sowie im Institut für Metallforschung erklären lassen. Damit ist nicht pauschal das sog. deutsche Rüstungswunder im Jahre 1944 gemeint, das unzweifelhaft auf das Organisationstalent Albert Speers zurückging und selbst in der Alliierten-Presse Staunen und Bewunderung auslöste. Denn dem deutschen „Rüstungswunder“ von 1944 ging ein deutsches „Metallwunder“ voraus. Die Steigerung des Ausstoßes von Waffenmunition und militärischen Geräten aller Art um 285% zwischen 1940 und 1944 wäre mit entsprechenden Steigerungen im Metallverbrauch nicht möglich gewesen. Bei den wichtigsten Nicht-Eisenmetallen verhartete der Verbrauch zusammen mit Aluminium aber auf dem Niveau von 1940, während Kupfer, Blei und Zink einen starken Rückgang zu verzeichnen hatten. Dass diese „Leistungen“ ohne die Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und dem Institut für Metallforschung nicht möglich gewesen wäre, steht außer Frage. Selbst die Alliierten nahmen in ihren Nachkriegsanalysen über die deutsche Kriegswirtschaft die Forschungsleistung mit Erstaunen zur Kenntnis. Hierauf weist Maier deutlich hin. So heißt es bei Simon „Special Mission on Captured German Scientific Establishment“:

*“With a very much smaller potential source of research and develop personnel (not more than one third, based either upon population or upon enumeration of*

*scientists), the German Government succeeded in maintaining a series of war weapons that was at least comparable to those of Allies.”*

Was nun die Causa dieses, wie die Alliierten es nennen, *tremendous accomplishment* war, dafür liefert die Habilitationsschrift von Maier zwar keine finalen Antworten, doch eine Fülle von Material, aus dem nur einige Beispiele herausgegriffen werden können. Vorangestellt seien zwei Hinweise, die den Inhaber vorgefasster Meinungen überraschen werden.

Maier belegt mit vielen Beispielen, dass die rüstungswirtschaftliche Forschung im Nationalsozialismus in technischer Hinsicht lediglich das weiterführte, wenn auch mit anderer Intensität und stärkerer operativer Ausrichtung, was bereits im Ersten Weltkrieg und dann - kaschiert - während der Weimarer Republik begründet und fortentwickelt worden ist.

Es gab keineswegs eine einheitliche nationalsozialistische Vorstellung davon, wie sich die Wissenschaft im Allgemeinen und die Rüstungsforschung im Besonderen zur Wehrmacht und zur Industrie bzw. zur politischen Reichsleitung verhalten sollte. Diese Heterogenität der organisationspolitischen Auffassung ist hinreichend bekannt hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem ehemaligen Minister für Bewaffnung und Munition Fritz Todt, der, am 17. März 1940 von Hitler ernannt, auch in ordnungspolitischer Hinsicht keinen Zweifel an seiner zutiefst rechtsradikalen Identität ließ. Denn Todt, der bereits als Leiter des nationalsozialistischen Bundes Technik seit 1935 unablässig die Gemeinschaftsarbeit propagiert hatte und durch technisch-wissen-

schaftliche Erfahrungsgruppen an seinen Zentralisierungsbemühungen keinen Zweifel ließ, konnte – in das Amt des Rüstungsministers gelangt – seine nationalsozialistische Forderung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ auch bei der Rüstungsentwicklung verwirklichen. Dies geschah durch eine Reihe von sog. Erfahrungsgruppen, die der Industrie und Forschung aufoktroiert wurden. Hierbei wurden Erfahrungsgemeinschaften innerhalb von Industrie und Wissenschaft zwangsweise organisiert. Sie sollten dazu dienen, „Doppelarbeit“ zu verhindern. Diese Zentralisierungstendenzen wurden nach dem Ableben von Todt und der Ernennung von Speer zum Rüstungsminister grundlegend geändert. Während Todt sozusagen der Erfinder nationalsozialistisch inspirierter Rationalisierungskartelle war, setzte Speer ab Februar 1942 auf „Selbstverantwortungsorgane der Rüstung“ und schenkte sog. Erfahrungsgemeinschaften kaum noch Beachtung. Mehr noch: Er erkannte rasch, dass die Befassung mehrerer Stellen mit einem technisch-wissenschaftlichen Problem dessen Lösung beschleunigen konnte.

Beispielhaft sei ebenfalls das Verhältnis der Grundlagenforschung im Bereich der Torpedowaffe zur Seekriegsleitung genannt. Erst nachdem es zu einer Reihe von technischen Versagen, insbesondere beim Norwegen-Feldzug durch Fehl- und Frühzündungen gekommen war, wurde die Seekriegsleitung einsichtig und ernannte Prof. Cornelius zum sog. „Torpedodiktator“. Dieser ergriff die Gelegenheit, um umfassend mit einer Denkschrift über die Neuorganisation der Torpedoentwicklung Stellung zu nehmen.

Dönitz, damals Befehlshaber der U-Boot-Waffe (BdU) stimmte ausweislich eines Telegramms vom 24.8.1940 den Vorschlägen von Cornelius zu und lehnte ausdrücklich eine Steuerung der Arbeit von Industrie und Wissenschaft durch militärische Stellen ab. Cornelius nutzte die Gelegenheit und legte der Seekriegsleitung einen Vorschlag für die Neuorganisation der Torpedoentwicklung nach dem Kriege vor, der darin gipfelte, die militärische Dienststelle für die Definition der technischen Zielsetzung und die Abnahme des Rüstungsguts verantwortlich zu machen, hingegen die wissenschaftliche, technische und fertigungsmäßige Entwicklung ohne militärische Einmischung zu ermöglichen.

*Maier* belegt mit vielen Beispielen, wie unter Berufung auf die Kriegswichtigkeit bestimmter Produktionen hochqualifizierte Forscher sich während des Krieges Freiräume geschaffen haben, um an ihren Vorhaben mit absoluter Priorität und hohem Ressourceneinsatz zu arbeiten.

Die voluminöse, materialreiche Arbeit eignet sich gewiss nicht nur zur moralisierenden Betrachtung deutscher NS-Vergangenheit, sondern zur nüchternen Beschreibung jener organisatorischen Bedingungen, die es einem wirtschaftlich blockierten Land mit erheblichen Rohstoffproblemen, gestatteten – wie die Alliierten nach dem Kriege neidvoll attestierten – wissenschaftlich technische Spitzenleistungen und Innovationen zu verwirklichen. Für diese, auch heute unter völlig veränderten historischen Rahmenbedingungen, wichtige Fragestellung, die unter dem Gesichtspunkt der sog. Technologieführerschaft nur hin und wieder thematisiert

wird, liefert die Arbeit von *Maier* viel Anschauung, die es gilt, kritisch auszuwerten. Das Buch setzt den Anfangspunkt für eine große Diskussion über Rüstungsforschung nicht nur in der Vergangenheit sondern auch in der Zukunft.

Markus C. Kerber

**Simhandl, Katrin, Der Diskurs der EU-Institutionen über die Kategorien „Zigeuner“ und „Roma“ – Die Erschließung eines politischen Raumes über die Konzepte von „Antidiskriminierung“ und „sozialem Entschluss“, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2007**

Mit der Entscheidung 1983/EG, das Jahr 2008 zum „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs“ zu erklären, haben das Parlament und der Rat als zwei zentrale Institutionen der Europäischen Union die Relevanz von Nichtdiskriminierung und sozialer Gerechtigkeit, sowohl zur Förderung als auch zur Akzeptanz kultureller Vielfalt, hervorgehoben. Diese Konzepte sind somit prägend für den Diskurs über die unterschiedlichen Kulturen, Sprachen, ethnischen Gruppen und Religionen im politischen Raum der EU.

Der Diskurs der EU-Institutionen über das kategoriale Konglomerat ‚Zigeuner‘ und ‚Roma‘ bildet den Gegenstand der zu besprechenden Studie. Im Mittelpunkt der Analyse steht kein ethnographisch verifizierbares Wissen über „die Roma“. Es wird vielmehr untersucht, wie sich die Konzepte von Antidiskriminierung und sozialem Einschluss für die am Diskurs beteiligten Akteure zu zentralen Bezugspunkten entwickeln. Sowohl auf der methodischen als auch auf der theoretischen Ebene widmet sich die Studie

einem Themenbereich, der aus dieser Perspektive bislang nur marginal untersucht worden ist; Eine kritische Diskursanalyse über Anti-Rassismus soll eine mehrdimensionale Distanzierung von der bisherigen Kerndiagnose einer rassistischen Diskriminierung der „Roma“ im europäischen Kontext ermöglichen und so die bestehende Forschungslücke verkleinern. Folglich liefert die vorliegende Studie einerseits eine Ergänzung zu bisherigen Untersuchungen, zum anderen wird auf methodischer Ebene konzeptionell angestrebt, die Konstruiertheit der politischen Kategorien „Zigeuner“ und „Roma“ offenzulegen, statt sie unhinterfragt als Ausgangspunkt für eine Analyse zu übernehmen.

Nach der Darlegung des oben geschilderten Forschungsinteresses „jenseits der Standardnarration“ (*Kapitel I*), liefert die Autorin einen umfassenden Überblick über das heterogene Feld der Diskursanalyse (*Kapitel II*). Die theoretisch-methodische Basis setzt sich somit aus der forschungsleitenden Frage nach der diskursiven Konstruktion der Kategorien „Zigeuner/Roma“ und aus deren Bearbeitung mit Hilfe der Diskursanalyse, welche das *Wie* dieser Konstruktion beleuchtet, zusammen.

Anknüpfend an die theoretische Verortung der Studie werden die Strukturen des EU-Diskurses empirisch untersucht, indem die grundlegenden Annahmen der partizipierenden Akteure dargestellt und analysiert werden (*Kapitel III*). Die unartikulierte Basis des Diskurses wird expliziert, da dessen Beherrschung durch eine essentialistische Grundauffassung hervorgehoben wird, welche „Zigeuner/Roma“ als Objekte positi-

oniert und somit als zentrale Kategorie der Hinterfragbarkeit entzieht (*Kapitel III.1*).

Des Weiteren wird mit der vorliegenden Studie eine Analyse der Genese des Diskurses in den 1970er Jahren und dessen Verlauf bis zur Gegenwart geliefert (*Kapitel III.2*). Da sich der Untersuchungszeitraum somit über 30 Jahre erstreckt, entwickelt sich die politische Integration der EU, also die Entstehung zunehmend vergemeinschafteter Politikfelder, zu einem wichtigen Faktor, welcher die Analyse beeinflusst. Die Arbeit begegnet den hieraus erwachsenden Herausforderungen, indem Wechselwirkungen zwischen der allgemeineren Diskursentwicklung im EU-Kontext und der hier im Speziellen untersuchten Ebene mit in die Analyse einbezogen werden. Dies geschieht zunächst durch die Identifizierung der beiden einander ablösenden Deutungsmuster; Die Verwendung des Begriffs „Roma“ an Stelle von „Zigeuner“ verdeutlicht eine diskursive Diskontinuität innerhalb der EU – für die Roma wird nicht mehr länger eine mobile Lebensweise als charakteristisch angesehen, sondern ihre Identität als „ethnische Minderheit“. Mit der EU-Erweiterung 2004 wurde das zweite Deutungsmuster erneut modifiziert, die Grenze des Diskurses wurde geographisch um den Osten Europas gezogen und somit Roma als „ethnische Minderheit in Osteuropa“ definiert. Unter einem Deutungsmuster, welches „Roma“ als ethnische Kategorie konzeptualisiert, konnte ungebrochen auf einen Referenzdiskurs über Antidiskriminierung auf EU-Ebene Bezug genommen werden. Auch auf den Diskurs über Sozialpolitik konnte mit einer Diskussion über die Kategorien „Armut“ (in den

1970er Jahren), bzw. „soziale Ausgrenzung“ (zur Jahrtausendwende) im Roma-Kontext referenziert werden.

Die verdichtete Darstellung der Ergebnisse in Bezug auf das entwickelte Modell erfolgt in einer präzisen Zusammenschau (*Kapitel IV*) von Kontinuitäten, Diskontinuitäten und Modifikationen im EU-Diskurs über „Zigeuner/Roma“. Die Analyse der von der Autorin durchgeführten Interviews bestätigt zunächst die Grundannahme eines diskursiven Geflechts, nach dem „Zigeuner/Roma“ in der objektiven Realität vorfindbare, passive Objekte des Deutungsmusters sind. Diese Konzeptualisierung wurde während des gesamten Untersuchungszeitraumes von den Befragten nicht in Zweifel gezogen. Die abschließende Untersuchung ergibt jedoch, dass eine Kritik an der Positionierung von Roma als passive Objekte und eine Forderung nach deren aktiver Einbeziehung in den politischen Gestaltungsprozess durchaus artikuliert wird. Dieses Ergebnis ist jedoch nach Meinung der Autorin keineswegs rein positiv zu bewerten. Katrin Simhandl nutzt die in den Interviews artikulierten Forderung an die Roma als Ansatzpunkt, um zu unterstreichen, dass ein Reden über die Objekte so fortgesetzt würde: Ihre Transformation in teilhabende Subjekte des Diskurses könne letztlich nur durch eine grundlegende Restrukturierung desselben aufgehoben werden.

Die zentrale normative Forderung, den physischen Menschen nicht durch ein mythisches Bild von ihm zu ersetzen, sondern die in der diskursiven Praxis zuvor besetzten Sprachräume freizugeben, ermöglicht zum einen allgemeine Einsichten in die Konstruiertheit einer Kate-

gorie, zum anderen leistet sie einen politischen Beitrag: Das bereitgestellte Wissen zu Artikulationsmustern, über welche der Diskurs zu beeinflussen ist, kann von Akteuren praktisch genutzt werden. Die Studie vermittelt konkrete Kenntnisse über Strukturen und Wandlungsprozesse des Diskurses, seine zentrale Begrifflichkeiten und über Faktoren, die keinen Eingang in den Diskurs fanden. Auf der Ebene politischer Praxis kann hieraus beispielsweise abgeleitet werden, auf welchen Referenzdiskurs eine Anknüpfung erfolgreich zu sein verspricht und wie ein Argument formuliert werden muss, um es anschlussfähig zu machen.

Eine auf die Dekonstruktion einer politischen Kategorie gerichtete Analyse kann zwar zur Festigung derselben beitragen, die Reflektion der Legitimität von Themenwahl und theoretisch-methodischem Ansatz ergibt jedoch, dass insbesondere die Labilität der beiden erarbeiteten Deutungsmuster für den Begriff „Zigeuner/Roma“ – zunächst Lebensstil, dann Ethnizität als machtvolle Dimension – in der vorliegenden Studie aufgezeigt werden konnte. Zusätzlich eröffnet die angewandte Methode der Diskursanalyse, bzw. das hieraus erwachsene präzise und empirisch fundierte Wissen über die laufende Entwicklung des untersuchten Diskurses, Anknüpfungspunkte für systematische Vergleiche mit anderen Diskursumgebungen. Das komplexe Diskursfeld der Europäischen Union, welches sich auf Medien, Wissenschaft und gesellschaftliche Alltagsdiskussionen bezieht, wird in der vorliegenden Studie als relevanter Kontext berücksichtigt, in welchen die Ergebnisse der Studie konsequent eingeordnet werden. Abschließend

kann festgestellt werden, dass mit der zu bewertenden Arbeit eine detaillierte Analyse des Wechselspiels von Begriffen und deren Verschiebungen geleistet wird, indem letztlich der fundamentale Bruch im Diskurs über „Zigeuner/Roma“ offengelegt und dessen Bedeutung als Teil einer größeren diskursiven Formation aufgezeigt wird.

Laura Kemmer

**Christoph Marx (Hrsg.), Bilder nach dem Sturm. Wahrheitskommissionen und historische Identitätsstiftung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, Berlin (LIT Verlag) 2007**

Das Ende des Ost-West-Gegensatzes ließ neue Machtkonstellationen entstehen. In einigen Fällen traten schwelende, innerstaatliche Konflikte in ihrer gänzlichen Komplexität erst mit dem Ende der Blockkonfrontation vollends in Erscheinung. Wie aber gingen bzw. gehen diese Gesellschaften nach Beilegung des internen Konflikts mit den mannigfachen Geschichtsbildern um? Dieser Frage, welcher der Wille zur Neuorientierung bzw. Neuinterpretation der Geschichte zugrunde liegt, um das fortdauernde Zusammenleben mit den einstigen Feinden zu rechtfertigen und als nationale Geschichte zu integrieren, spürt Marx in seiner Beitragssammlung nach. Das Ziel des Sammelbandes ist es, die Spannbreite verschiedener Formen der Vergangenheitsaufarbeitung aufzuzeigen, von institutionalisierten Wahrheitskommissionen bis hin zu zeitlich distanzierten öffentlichen Debatten über Geschichte. Der komparative Ansatz des Buches zeigt die „Spannung zwischen Legitimationsinteressen der Politiker, Ver-

söhnungserfordernissen von Transitionsgesellschaften und dem berechtigten Interesse an historischer Aufklärung über Verbrechen der jüngeren Vergangenheit“ (S. 14).

Die Beiträge erstrecken sich von einem Vergleich von Wahrheitskommissionen (Lutz Niethammer) und der historischen Aufklärung in Argentinien und Guatemala (Anika Oettler) über die Wahrheitskommissionen in Südafrika (Christoph Marx) und Marokko (Bettina Dennerlein/Sonja Hegasy) bis hin zur Vergangenheitsaufarbeitung in Australien (Ewald Frie), Spanien (Walther L. Bernecker) und Tschechien (Jaroslav Sonka).

Bettina Dennerlein und Sonja Hegasy gehen in ihrem Beitrag der einzigen offiziellen Wahrheitskommission in der arabischen Welt auf den Grund. Die von dem marokkanischen König Mohammed VI Januar 2004 eingesetzte *Instance Equité et Reconciliation* (IER) ist zuvörderst als das Resultat eines langen Ringens zwischen Monarchie und legaler politischer Opposition um den Ausbau von Menschenrechtsschutz zu sehen. Die Wahrheitskommission steht im Kontext einer Reformpolitik, die seit der Mitte der 1980er Jahre eine friedliche Systemtransformation vorantreibt. Neben öffentlichen Anhörungen von Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen fanden verschiedene öffentliche Kolloquien und Expertengespräche unter Beteiligung unabhängiger Menschenrechtsaktivisten, Intellektueller und Wissenschaftler statt. Diesen Aktionen maß die Kommission eine gewichtige Funktion für den beabsichtigten „Prozess der Verankerung von demokratischen Verhaltensweisen in der politischen Kultur des Landes“ (S.108) bei. Eine Be-

sonderheit im Vergleich zu anderen Wahrheitskommissionen stellt die Tatsache dar, dass ihrer Einsetzung kein Regimewechsel, sondern lediglich ein Machtwechsel voranging und die Aufarbeitung der Vergangenheit unmittelbar an diesen, ohne zeitlichen Abstand, anschloss. Die Integration von ehemaligen politischen Häftlingen in der IER zeugt nach der Meinung der Autorinnen von dem „Versuch historischer Identitätsstiftung im Austausch zwischen Staat und Zivilgesellschaft ...“, der offensichtlich als solcher von den Betroffenen angenommen wird“ (S.111). Nichtsdestotrotz ergibt sich zwischen der IER und der Monarchie ein Spannungsfeld, in dem etwas überspitzt der Wille zur Schaffung bzw. Bewahrung eines kollektiven Gedächtnisses und der Ausbildung einer Kultur der Staatsbürgerschaft „von unten“ auf den Wunsch einer Historisierung der Vergangenheit und der politischen Modernisierung „von oben“ trifft.

Walther L. Bernecker beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Vergangenheitsaufarbeitung im Spannungsfeld von (Partei-) Politik und Zivilgesellschaft in Spanien. Der Spanische Bürgerkrieg (1936-1939) bildet den Mittelpunkt der zur Debatte stehenden Erinnerungskultur. Die an den Krieg anschließende Diktatur Francos verhinderte die offene Aufarbeitung dieses Krieges und etablierte stattdessen eine Geschichtsschreibung aus der Perspektive des Siegers, die zur Legitimation des Siegerregimes und zu dessen Stabilisierung instrumentalisiert wurde. Während nach dem Ende der Franco-Ära ein „Boom an Bürgerkriegsliteratur“ (S. 148) einsetzte, der dem Bedürfnis großer Bevölkerungsteile nach sachlichen

Information und Aufklärung geschuldet ist, konzentrierte sich die Politik weitestgehend auf die Transition der Diktatur in eine Demokratie. Einer der Gründe für die Vernachlässigung der Vergangenheitsbewältigung ist, dass es keinen eindeutigen demokratischen Bruch mit der franquistischen Diktatur gab. Denn die Transition war das Ergebnis eines politischen Paktes, der innerhalb der autoritären Institutionen ausgearbeitet wurde und zudem eine kollektive Amnestie für die Franquisten beinhaltete. Zum Wohle und zur Stabilität der Demokratie fand somit abermals keine Aufarbeitung der Geschichte statt. Erst in der Regierungszeit der Konservativen ab 1996 setzte eine Repolitisierung der Vergangenheit ein. Die von ihnen geförderte ultrakonservative, ideologisch verzerrte Vergangenheitsdeutung ließ 1999 die damaligen Oppositionsparteien eine Kampagne „gegen das Vergessen“ initiieren, die einen Bruch mit dem bis dahin gültigen Generalkonsens einer Kollektivschuld darstellte. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene rückte dann die Frage nach den Verschwundenen des Krieges ins öffentliche Bewusstsein, wodurch zahlreiche lokale Initiativen entstanden. Die Situation in Spanien verdeutlicht, dass dort „eine kritische Aufarbeitung der Geschichte offenbar nur um den Preis verschärfter politischer Konfrontation und einer Art Lagerbildung zu haben ist“ (S. 165).

Miriam Klemm

**Igal Avidan, Israel. Ein Staat sucht sich selbst, Kreuzlingen/München (Diederichs im Heinrich Hugendubel Verlag) 2008**

Dieses Jahr jährt sich der 60. Jahrestag der Gründung Isra-

els. Seither kommt das Land nicht zur Ruhe und quält sich mit der Frage: Wird Israel noch weitere 60 Jahre existieren? Der seit dem Mauerfall in Deutschland lebende Journalist und Politikwissenschaftler Igal Avidan sieht anlässlich des 60. Jahrestages Israels die Zeit gekommen, ein kritisches Röntgenbild Israels zu zeichnen und einen Blick in die Zukunft des Landes zu wagen. Dabei ist der Autor, der seit 1996 als Deutschland-Korrespondent für die Tageszeitung *Maariv*, Tel Aviv arbeitet und zudem zahlreiche Beiträge, u. a. für die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Rundschau* verfasste, darauf bedacht zu zeigen, was sich jenseits des durch die hiesigen Medien vermittelten stereotypen Bildes der israelischen Gesellschaft verbirgt.

Die zentrale Ausgangsfrage für den kritischen Patrioten Avidan ist die Frage, wie die Zukunft eines befriedeten Israels aussehen könnte. In seinem Buch „Israel. Ein Staat sucht sich selbst“ zeigt er daher die an Israel gestellten Herausforderungen auf.

Eine der Herausforderungen ist der Umgang mit dem demografischen Problem. Anders als in Deutschland, stellt es nicht ein Problem der Altersverteilung dar, sondern der Ethnizität. Dies ist besonders problematisch, da sich die israelische Identität maßgeblich durch die Komponente Ethnizität – Judentum – konstituiert. Die Sorge um ihre Identität versperrt, so Avidan, die Sicht auf die unbequeme Wahrheit, dass die Israelis selbst mit verantwortlich an dem palästinensischen Flüchtlingsproblem sind und mit ihrer größten Angst, die Palästinenser könnten zurückkehren und dadurch den israelischen Staat vernichten, den Weg zu einer Lösung be-

hindern. Da der palästinensische Traum der Rückkehr den israelischen Alptraum darstellt, könnte nach Avidan eine Lösung des Dilemmas eine begrenzte Rückkehr ohne ein verbrieftes Recht auf Rückkehr sein.

Eine weitere Problemstellung, mit der sich der Autor eingehend auseinandersetzt, ist die israelische Besatzungsmacht. Dabei lenkt er das Augenmerk des Lesers / der Leserin sowohl auf die daraus resultierenden innergesellschaftlichen Spannungen, als auch auf die zwischen Israelis und Palästinensern. Auch 60 Jahre nach der Staatsgründung hat Israel noch keine klaren Grenzen. Allerdings schafft der im Jahre 2003 begonnene Bau des Trennungsauns neue Tatsachen und wird de facto die zukünftige Grenze Israels markieren. Der Verlauf des Zauns ist das Resultat eines inner-israelischen Ringens zwischen den verschiedenen Fraktionen. Unter dem Druck des Siedlerrats wurde dann eine Route entworfen, die so viele Israelis und so wenig Palästinenser wie möglich einschließt. Das Hauptproblem dabei ist, dass der öffentliche Diskurs die Auswirkungen des Zauns auf das Leben der Palästinenser ausblendet und sich auf Fragen der Effizienz und Kosten beschränkt. Die politischen Folgen der Sperranlage interessieren weniger. Gerade dies ist aber unabdingbar, wenn Israel zu einem Frieden mit den Palästinensern gelangen möchte. Um die Existenz Israels als Demokratie und Heimat der Juden zu sichern, ist für Avidan der Rückzug Israels auf die international anerkannten Grenzen unumgänglich. Je klarer die Grenzen Israels sind, desto höher wird die Akzeptanz Israels in der arabischen Welt sein.

Damit Israel auch weitere sechzig Jahre existiert, muss es sich der Frage nach der israelischen Kohärenz annehmen. Avidan wirft dazu einen Blick auf das Zusammenleben von jüdischen und palästinensischen Israelis im Staat Israel. Er zeigt auf, warum Israel vor allem eine Demokratie für Juden ist und veranschaulicht eindrucksvoll die vielschichtigen Diskriminierungen, denen sich die palästinensischen Staatsbürger Israels ausgesetzt sehen. Avidan bedient sich Zahlen, um die Auswirkungen dieses Handelns zu verdeutlichen, nämlich dass junge Palästinenser aus der israelischen Gesellschaft hinausgedrängt werden und zunehmend auf einen binationalen israelischen Staat pochen. In Israel leben 1,45 Millionen palästinensische Israelis. Dennoch wissen jüdische Israelis kaum etwas über die palästinensische Minderheit im eigenen Lande, zumal sie im öffentlichen Leben unterrepräsentiert ist. Einen wichtigen gesellschaftlichen Integrationsfaktor stellt der Militärdienst dar. „Wenn sich zwei Israelis kennen lernen, fragen sie sich gleich, wo sie gedient haben.“ Junge israelische Palästinenser hingegen, sind von dem Dienst in der Armee de facto ausgeschlossen. Allerdings besteht seit 2002 für sie die Möglichkeit, anstelle des Militärdiensts einen nicht verpflichtenden Zivildienst abzuleisten. Diesen würden drei von vier palästinensischen Israelis unter der Voraussetzung unterstützen, die gleichen Vergünstigungen wie vom Militärdienst befreite Soldaten zu erhalten. Jeder fünfte würde dies tun, um sich für den Staat einzusetzen. Avidan gibt in dieser Hinsicht zu bedenken, dass eine Demokratie, wie es Israel ist, im Umgang mit ihren eigenen Minderheiten gemessen

wird, was im Besonderen auf die palästinensischen Israelis zutrifft. Konkret bedeutet dies die Verbesserung der Lebensqualität der arabischen Israelis sowie die Förderung der arabischen Sprache und Kultur.

Nicht zuletzt widmet sich Avidan der innerjüdischen Fragmentierung und Zerrissenheit Israels. Dabei zeigt er die Spannungsfelder auf, die zwischen den verschiedenen Strömungen des Judentums existieren. Die 5,4 Millionen Juden lassen sich in fünf Gruppen – ultraorthodox, orthodox, traditionell-religiös, traditionell nicht-religiös und säkular – einteilen. Obwohl die ultraorthodoxen Juden mit sechs Prozent eine kleine Minderheit in Israel darstellen, kontrollieren sie die jüdisch-staatlichen Institutionen, was für innergesellschaftliche Spannungen sorgt. Avidan fordert daher, „das Monopol der Orthodoxen bei Konversionen, Eheschließungen und Scheidungen [zu] beenden.“ (S.153), zumal sie „die demokratischen Spielregeln ablehnen und eine nationalistische, fremdenfeindliche Politik fördern“ (S. 205). Damit erschweren sie unter anderem eine weitere zentrale Aufgabe des Immigrationsstaats Israels: die Integration von Einwanderern. Denn Israel darf sich nicht vor den mit der Einwanderung einhergehenden Problemen verschließen, was jedoch zum Bedauern des Autors im Umgang mit Minderheiten in Not seitens der israelischen Eliten und Machtzentren der Fall ist. Ein vielleicht etwas überraschendes Problem ist in diesem Zusammenhang der seit 1989 mit der verstärkten Einwanderung aus den GUS-Staaten „importierte“ Antisemitismus. Die mit aus den GUS Staaten eingewanderten

nicht-jüdischen Familienmitglieder machen in Israel die Erfahrung kein vollwertiges, den Juden gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft zu sein. „Die Provokationen und Gewalt der Neo-Nazis in Israel sind [somit] eine zugespitzte Reaktion aus Frustration.“ (S. 157). Die Integration ist konstituierend für ein zukünftiges befriedetes Israel.

Insgesamt bietet das Buch einen guten Einblick in die israelische Politik und Gesellschaft und zeigt Missstände, Spannungsfelder und Gegensätze auf. Eine gelungene Mischung aus Fakten und persönlichen Anekdoten außergewöhnlicher Israelis macht das Buch zu einer informativen und lebendigen Lektüre. Nicht zuletzt lenkt Avidan den Blick des Lesers / der Leserin auf persönliche Geschichten, die Anlass zur Hoffnung geben in einem Land, das sich seit seiner Staatsgründung in einem Ausnahmezustand befindet.

Miriam Klemm

**Michael Lackner (Hrsg.), Zwischen Selbstbestimmung und Selbstbehauptung: Ostasiatische Diskurse des 20. und 21. Jahrhunderts, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2008**

*Zwischen Selbstbestimmung und Selbstbehauptung*, the new volume on self-determination and self-assertion in 20th and 21st century East Asia edited by Michael Lackner, is an extensive compilation of essays on modern self-assertion discourses in China, Japan and Korea. With twenty chapters the volume contains a wide range of subject matter, most of which are case studies covering a specific theme or medium that illuminates certain aspects of the discourses. Chapters examine such varied

but individually narrow topics such as authors of the 1968 generation in China, former Korean “comfort women,” Chinese immigrants in the U.S., martial arts in China, Chinese philosophy, Chinese music during the Cultural Revolution, cultural nationalism in Japan, “master narratives” in Japanese historiography, Korean travelogues, and the Korean novel *Everlasting Empire*. The volume begins with an introduction to the self-assertion discourse in China and an overview of the book’s themes, written by editor Michael Lackner. It wraps up cleanly with a discussion by Mark R. Thompson of self-assertion discourse in Southeast Asia, which has revolved around “Asian values” since the financial crisis of the mid-1990s and the terrorist attacks of the early 2000s.

Divided into four sections, the volume approaches self-assertion discourses from a number of different perspectives: emancipatory self-assertion, in which individuals or groups attempt to liberate their self-image or self-identity from a dominant (national or otherwise) discourse or narrative; legitimatory self-assertion, in which the state employs self-assertive rhetoric to legitimate its own rule or policies (the politicization of the un-political); intellectual self-assertion, in which intellectual pursuits are employed for “folk and fatherland,” to create or solidify a national identity; and self-assertion in the media, or how literature and other writings influence or build self-assertion discourses.

All authors shared the widely accepted assumption that self-assertion really only arises when a nation or group is faced with the ‘other’, either for the first time or in new

strength. Thus, China’s self-assertion discourse was born largely during the Republican era in the first half of the 20th century in response to the influx of Western goods and ideas. Chinese were forced to think about their own strengths and weaknesses in comparison to the West and to construct an identity of their own. This identity was in large part an assertion that “we are not the West.” By contrast, two distinct types of self-assertion discourse can be distinguished in both Japan and Korea: an older one directed against and in reaction to China, and (to some extent) Japan or Korea respectively, and a newer one focusing on the West. One of the relatively unusual cases, in which Korean self-assertion directs itself against Japan rather than one of the larger others, is exemplified in this volume by Kristina Iwata-Weickgennant’s informative presentation of “Japanese-Korean literature,” literature written by Korean-born authors living in Japan or the children of immigrants.

As most of the book does discuss East Asia’s encounters with Western societies, it is interesting to note how the theme of worldview fits into the volume’s self-assertion discourses. Worldview is made up of the often unvoiced cultural assumptions and expectations existing in all cultures. The appearance of Western individuals and nations challenged East Asian worldviews like never before. Peter Ackermann’s prologue chapter nicely illustrates this schism. Because traditional Japanese communication structures focus on agreement and on changing oneself rather than one’s surroundings, Japan’s encounters with the West have proven difficult. In Japan

an individual can, through self-examination (introspection), come to understand the other, whom he recognizes as being like himself. Focusing on the positive things each side has to offer and looking for the commonalities and, crucially, dependencies between the two individuals leads to an “understanding” of the other which is also a gain for oneself, a lesson learned. The two become connected, bound together by their shared positive qualities and dependencies, and both benefit from this process. Yet therein lies the crucial point: this way of relating to others only works if both parties have the same worldview and play by the same rules. “It is silently understood that both sides will exercise self-criticism through introspection so that the binding-process contains no dangerous ‘time-bombs’ ” (p. 33). What happens when the other doesn’t have the same rules? This is the question that all East Asian countries dealt with as the West—Western science, politics, values, music, mass culture—encroached into their territories. Although Chinese, Japanese and Korean worldviews of course also differ from one another, these differences pale in comparison to their dissimilarities with Western ones. Each of these three countries dealt with this new other in various ways, as this volume so competently demonstrates.

In addition to the West as other, a second theme appearing in the book is the use of “master narratives” to direct public opinion. A master narrative is precisely what might be expected from the name: an omnipresent, widely known and widely accepted story or account of some (usually national) event or series of

events, or even an entire national history, that all take for granted as the truth. Nora Sausmikat’s chapter on the generation of youth who went to the countryside from the cities during the Cultural Revolution—China’s “1968” generation, although this term should not be used as a social category like in the West but only as a time/age marker for those who participated—discusses master narratives. For example, after 1989 the ruling Communist party directed the new discourse to aid its efforts at domestic stabilization and the establishment of national “modernization myths.” Here “myth” is used to denote not fantasy but a wide-spread story of encouragement about what China could and would achieve. Four “master narratives” developed in this context: a Red Guard narrative, a modernization narrative, a discourse on free will, and a discussion by 1968ers of how to prevent another Cultural Revolution. These master narratives were used in various ways by various groups and individuals for their own purposes. In his chapter, entitled “Master Narratives in Japanese Historiography,” Wolfgang Schwentker goes into great detail on master narratives and how they have shaped Japanese conceptions of their own history. The master narratives of the Edo period, for instance, remained and influenced historiographies well into the 20<sup>th</sup> century. Differentiating between *endogenous self-assertion* discourses coming from within (masses vs. elite, women vs. men, periphery vs. center) and *exogenous self-assertion* discourses directed toward the outside (i.e., the West or China), Schwentker shows that the majority of master narratives in Japanese historiography were written for the purpose of cultural,



political or social self-assertion. As demonstrated by both Sausamikat and Schwentker master narratives normally do have an ulterior motive, which is often self-assertion.

Despite the volume's title, in many of the chapters the connection to self-determination and self-assertion was quite thin. Some authors went into extraordinary and interesting detail on their topics but failed to embed their conclusions in the book's overarching theme. A clearer, more in-depth discussion from some of the authors on how exactly their research illuminates one

or more aspects of the self-assertion discourse in East Asia would have been advisable.

The book focuses far too much on China: eleven of twenty chapters deal with the "Middle Kingdom." The book's title reads "East Asia" but, perhaps reflecting the current 'obsession' with China in modern politics, far more than a proportionate number of articles focus on China. All five chapters in the third section, for example, are on China, seemingly implying that intellectual self-assertion in Japan and Korea does not exist. This is difficult to believe; Japan

and Korea both possess philosophical traditions that must, at some point, have been recruited for (national) self-assertive purposes. Both Kimae Toshikai's chapter on Japan's new cultural nationalism as well as Chung Hyun-back's chapter on the historicization of the "comfort women" question in South Korea indicate the wealth of self-assertion discourse in these two countries. It is somewhat unfair to under-represent them in this volume.

Overall, however, the book conveys an excellent general picture of the self-assertion

discourses existing and influencing modern East Asia. As with most edited volumes it is not as pointed as may be desirable, but its wide range of topics compensates for this lack of focus. The case studies allow the reader to see the discourses in action, to see how they transform with time and changing circumstances. Given the quality of its scholarship and applicability of its themes to modern politics, sociology, etc., an English edition would be useful in bringing the volume's findings to a larger audience.

Heather Gilmartin

# Innere Sicherheit, Technik und Politik



## Wettbewerbsfaktor Sicherheit

Staat und Wirtschaft im Grand Pas de Deux für Sicherheit und Prosperität

Herausgegeben von Heiko Borchert

2008, 178 S., brosch., 24,90 €, ISBN 978-3-8329-3778-2

(Vernetzte Sicherheit, Bd. 7)

Staat und Wirtschaft sind aufeinander angewiesen, um die Sicherheit offener Gesellschaften sowie global vernetzter Volkswirtschaften zu gewährleisten und um ihre Prosperität zu fördern. Die damit verbundenen Herausforderungen können aber weder von Regierungen noch von Unternehmen alleine bewältigt werden. Deshalb wird die öffentlich-private Sicherheitszusammenarbeit zu einem zentralen Erfolgsfaktor.

Die Autoren untersuchen die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen aus staatlicher und unternehmerischer Sicht und zeigen auf, wo Handlungsbedarf für Verbesserungen besteht. Sie illustrieren die Vielschichtigkeit der zu beantwortenden Fragen anhand konkreter Fallbeispiele zur Sicherheit der Energie-, Transport-, Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen sowie der Fußball-Europameisterschaft 2008 und verdeutlichen den Zusammenhang zwischen Sicherheitsförderung und Prosperitätsentwicklung anhand luftgestützter Fähigkeiten sowie der Modellbildung und Simulation.



Nomos

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)